



MEDIEN-GESPRÄCH

Eineinhalb Jahre Linzer Aktenaffäre: Aufklärer-Allianz treibt trotz rauem Gegenwind von Rot-Blau Aufklärungsarbeit weiter voran! Jetzt kann Mitarbeiter-Befragung endlich starten.

Martin Hajart, Klubobmann ÖVP

Felix Eypeltauer, NEOS-Gemeinderat und Vorsitzender des Kontrollausschusses

Ursula Roschger, Klubobfrau Grüne

Freitag, 8. Februar

10.15 Uhr

Presseclub Saal C

Die wichtigsten Ereignisse in der Chronologie der Aktenaffäre:

- **2. Juni 2016:** Erste Information des Bürgermeisters durch die Finanzpolizei wegen nicht bearbeiteter Anzeigen.
- **9. Juni 2016:** In einer vom Bürgermeister und der Magistratsdirektorin angeordneten Stellungnahme des Geschäftsbereiches Abgaben und Steuern ist unter anderem von zu wenig Personalressourcen die Rede.
- **16. Juni 2016:** Der Bürgermeister bezeichnet die Stellungnahme des Geschäftsbereiches, in der von Personalmangel die Rede ist, als „Schutzbehauptung“.
- **7. September 2016:** Gespräch zwischen VertreterInnen der Finanzpolizei und des Magistrates zur Lösung des Problems. Stadt bekräftigt Bemühen, keine Verfahren mehr verjähren zu lassen.
- **22. Dezember 2016:** Die Finanzpolizei meldet sich erneut beim Bürgermeister und teilt mit, dass sich die Situation nicht verbessert hat und es weiterhin zu Verjährungen gekommen ist.
- **27. Dezember 2016:** Bürgermeister/Magistratsdirektorin fordern Geschäftsbereich Abgaben und Steuern zu einer Stellungnahme auf. Diese erfolgt wenige Tage später.
- **31. Mai 2017:** Bei der Staatsanwaltschaft Linz geht eine Sachverhaltsdarstellung der Finanzpolizei Linz wegen der Nichterledigung von Verwaltungsstrafverfahren ein.
- **9. Juni 2017:** Erster Medienbericht im „Kurier“ zur Aktenaffäre.
- **29. Juni 2017:** ÖVP, Grüne, NEOS und KPÖ erteilen vertiefenden Prüfauftrag an das Kontrollamt.
- **22. Mai 2018:** Sonderprüfbericht des Kontrollamtes über die Abteilung Verwaltungsstrafen.
- **20. September 2018:** Der Rohbericht des Bundesrechnungshofes (RH) zur Aktenaffäre wird den Medien zugespielt. Übereinstimmenden Zeitungsartikeln zufolge, kommen die RH-PrüferInnen zu dem Schluss, dass Bürgermeister Luger die Aktenaffäre „mitverursacht“ hat. In weiterer Folge verwehren Rot-Blau dem Kontrollausschuss die Einsicht in den vorläufigen Bericht. Auch unsere Forderung, ein städtisches Kollegialorgan in die Stellungnahme an den Rechnungshof einzubinden, lehnen SPÖ und FPÖ ab.

- **16. Oktober 2018:** Lugers Stellvertreterin Karin Hörzing bremst sachliche Befragung von Magistrats-MitarbeiterInnen im Kontrollausschuss. Erst bei einem informellen Gespräch zwischen den Ausschussmitgliedern und Vizebürgermeisterin Hörzing rund einen Monat später, kann ein Konsens über die weitere Vorgangsweise bei der Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefunden werden.

- **22. November 2018:** Die Finanzpolizei geht davon aus, dass auch eineinhalb Jahre nach Bekanntwerden der Aktenaffäre weitere Strafanzeigen verjähren. Betroffen davon sind u.a. Fälle, bei denen es um Schwarzarbeit bzw. Sozialdumping geht. Anstatt eine engere Zusammenarbeit anzustreben, beschuldigt die SPÖ die Finanzpolizei, keine korrekten Angaben zu machen.

- **19. Jänner 2019:** Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Finanzpolizei im Dezember 2018 eine weitere Anzeige gegen die Stadt Linz eingebracht, da auch nach Aufkliegen der Aktenaffäre weitere Strafanzeigen verjährt sein sollen. Vizebürgermeisterin Hörzing bestreitet die Anschuldigungen, kann aber nach wie vor nicht glaubhaft versichern, dass keine weiteren Fälle mehr verjähren.

- **11. Februar 2019:** Nach der Einigung über die Vorgangsweise können die Mitglieder des Kontrollausschusses nun die ersten Mitarbeiter unterhalb der Führungsboard-Ebene zur Aktenaffäre befragen.

„In unserer akribischen Aufklärungsarbeit wollen wir die vielen Puzzle-Steine der Linzer Aktenaffäre zusammensetzen.“

„In den vergangenen eineinhalb Jahren der Aufarbeitung der Linzer Aktenaffäre offenbaren sich ungeahnte Dimensionen. Im Staccato gelangen immer mehr pikante Details an die Oberfläche. Das Ziel unserer gemeinsamen Aufklärungsarbeit ist es, genau diese Puzzle-Teile zusammenzufügen, die vielen Fragen zu klären und dadurch unseren Beitrag zu leisten, dass so etwas nie wieder vorkommt“, pochen **ÖVP-Klubobmann Martin Hajart, Grünen-Klubobfrau Ursula Roschger und Kontrollausschussvorsitzender und NEOS-GR Felix Eypeltauer** auch weiterhin auf volle Transparenz. Auch wenn die SPÖ unter oftmaliger Unterstützung der FPÖ, alle Register zog, um Aufklärung zu behindern, lassen wir uns nicht aufhalten.

Der Sukkus des Problems: *„Unternehmen, die sich rechtswidrig verhalten und insbesondere Lohddumping sowie Schwarzarbeit betrieben haben, sind straffrei davongekommen. Außerdem sind dadurch Einnahmen für die öffentliche Hand einfach liegengelassen worden, der Rechtsstaat wurde de facto ausgesetzt.“*

Auch der im Mai 2018 erschienene Bericht des städtischen Kontrollamtes zeichnete auf mehr als 200 Seiten ein erschütterndes Bild. Darin wurde ein Organisationsversagen deutlich, das der Verantwortlichkeit des Bürgermeisters unterliegt. Gegen ihn und Magistratsmitarbeiter wird strafrechtlich ermittelt – es gilt die Unschuldsvermutung. Eine mangelnde Koordinierung der Arbeitsabläufe, ein nicht funktionierendes bzw. von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht angenommenes EDV-System und zu wenig Personal nannten die Prüfer als Gründe für die Verjährung der Akten. Und das obwohl die Probleme schon seit Jahren **„intern“ bekannt** gewesen sein sollen...

Im Herbst 2018 geht es dann Schlag auf Schlag, die Tragweite der Linzer Aktenaffäre zeichnet sich immer deutlicher ab: Der Rohbericht des Bundesrechnungshofes (RH) zur Aktenaffäre wird den Medien zugespielt. Übereinstimmenden Zeitungsartikeln zufolge kommen die RH-Prüferinnen und Prüfer zum Schluss, dass Bürgermeister Luger die Aktenaffäre „mitverursacht“ habe.

In weiterer Folge verwehren Rot-Blau dem Kontrollausschuss die Einsicht in den vorläufigen Bericht. Auch die Forderung der Aufklärerallianz, ein städtisches Kollegialorgan (Stadtsenat oder Gemeinderat) in die Stellungnahme an den Rechnungshof einzubinden, lehnen SPÖ und FPÖ ab.

Ende November dann eine neue Facette in der Aktenaffäre: Die Finanzpolizei geht davon aus, dass auch eineinhalb Jahre nach Bekanntwerden der Aktenaffäre weitere Strafanzeigen verjähren. Betroffen davon sind u.a. Fälle, bei denen es um Schwarzarbeit bzw. Sozialdumping geht. Anstatt eine engere Zusammenarbeit anzustreben, beschuldigt die Luger-SPÖ die Finanzpolizei, falsche Angaben zu machen. Erst vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass die Finanzpolizei im Dezember 2018 eine weitere Anzeige gegen die Stadt Linz eingebracht hat, da auch nach Auffliegen der Aktenaffäre weitere Strafanzeigen verjährt sein sollen.

Als weiteres „heißes Eisen“ entpuppt sich die Beantwortung einer ÖVP-Gemeinderatsanfrage zu den Anwaltskosten in der Linzer Aktenaffäre an Bürgermeister Klaus Luger und seine Vizebürgermeisterin Karin Hörzing. Die Rechtskosten für die horrenden Verteidiger-Honorare ufern soweit aus, dass mittlerweile mehr als 1 Million Euro dafür budgetiert worden sind. Für die Rechtskosten wurden bis dato konkret 1,13 Million Euro budgetiert und zum Teil bereits ausgegeben. Die Linzer Aktenaffäre ufert also kostenmäßig immer weiter aus.

Bereits im September hatte laut Medienberichten der Rechnungshof die bis damals angefallenen 377.000 Euro an Rechtsanwaltskosten kritisiert. Nun steigen die Anwaltskosten ungebremst weiter. *„Die Kritik des Rechnungshofes muss endlich ernst genommen werden! Wir müssen bei den Rechtskosten die Notbremse ziehen, doch SPÖ und FPÖ haben einen Zusatzauftrag von 150.000 Euro für den Rechtsanwalt der Stadt beschlossen. Und das ohne Vergleichsangebote einzuholen bzw. dass Transparenz gegenüber dem Gemeinderat herrscht, etwa darüber wie die Schriftsätze des städtischen Rechtsanwalts aussehen“*, so die **Mitglieder der Aufklärerallianz**.

Genau diese Antworten auf die medial kolportierte Kritik des Rechnungshofs blieben Bürgermeister Luger und Vbgm Hörzing in ihrer Anfragebeantwortung schuldig. Laut Medienberichten hat der Rechnungshof die Rechtsanwaltskosten als „vermeidbar“ und „wenig transparent“ bezeichnet sowie die „fehlende Prüfung der

Preisangemessenheit“ kritisiert und eine “fehlende fundierte Entscheidungsgrundlage“ für die Gremien festgestellt. Statt nun endlich Offenheit und Transparenz in der Aufklärung der Causa im Linzer Magistrat walten zu lassen, setzen die Verantwortlichen offenbar weiterhin auf Geheimhaltung. Das bringt die Verantwortlichen in Erklärungsnot. Aus Expertenkreisen ist zudem zu hören, dass im Generellen eine rechtsanwaltliche Vertretung nur dann wirklich Sinn macht, wenn sich die Stadt als Privatbeteiligte im Ermittlungs-/Strafverfahren gegenüber den Beschuldigten anschließt. Dies wurde bislang nicht gemacht.

Aufklärerallianz treibt die Aufklärungsarbeit in der Linzer Akten-Affäre weiter voran: Die nächsten Schritte von ÖVP, Grünen und NEOS in der Causa:

- **Schritt 1 der Aufklärer-Allianz:**

Am Montag, den 11. Februar 2019 kann der Kontrollausschuss erstmals zwei Mitarbeiter unterhalb der Führungsboard-Ebene zur Aktenaffäre befragen. Konkret geht es um den Geschäftsführer der IKT (Themenschwerpunkt ist das mangelhafte Funktionieren des Elektronischen Aktes in der Abteilung Verwaltungsstrafen) sowie den ehemaligen Leiter der Geschäftsstelle des Oö. Städtebundes (Themenschwerpunkt sind kritische Hinweise in Bezug auf Auswirkungen auf den Personalstand). Vorsitzender des Oö. Städtebundes ist Bürgermeister Luger.

Bei einem weiteren Kontrollausschusstermin am 11. März 2019 wird die ehemalige Leiterin der Controllingabteilung im Geschäftsbereich FIWI, die für das „externe Controlling“ der Abteilung Verwaltungsstrafen verantwortlich war, befragt werden. Hierbei geht es etwa um die Thematik, inwiefern über Budgetvorgaben bzw. das Controlling steuernd auf die Abteilung Verwaltungsstrafen – die als Behörde zu funktionieren hat – eingewirkt wurde.

Der Umsetzung dieser nun stattfindenden Mitarbeiter-Befragung im Kontrollausschuss ist eine heftige öffentliche Debatte mit Lugers Stellvertreterin Vbgm Karin Hörzing vorausgegangen, die keine Mitarbeiter als Auskunftsperson zulassen wollte, ohne nicht vorher die konkreten Fragen der

Kontrollausschussmitglieder zu erfahren, um schließlich abzuwägen, ob die Auskunftspersonen „zur Verfügung gestellt“ würden. Derartige Methoden waren für ÖVP, GRÜNE und NEOS untragbar. Erst ein informelles Gespräch zwischen den Ausschussmitgliedern und Hörzing hatte zu einem Kompromiss über die weitere Vorgangsweise bei der Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt. Den zur Befragung geladenen Mitarbeitern mussten aufgrund dessen vorab die Fragen (siehe Beilage) übermittelt werden. Spontane aus den ersten Fragen sich ergebende Fragen sind darüber hinaus jedoch möglich.

- **Schritt 2 der Aufklärerallianz:**

Bürgermeister Lugers Stellvertreterin Karin Hörzing – gegen den Bürgermeister wird strafrechtlich ermittelt, weshalb er in Bezug auf die Abteilung Verwaltungsstrafen befangen ist – soll den Kontrollausschuss auf den neuesten Stand bringen. In zahlreichen zentralen Aspekten tappen die Gemeinderäte vollkommen im Dunkeln und es gibt keinen Informationsfluss seitens der SPÖ-Rathausriege.

Dabei geht es etwa um folgende Themen:

- a. Welche Neuigkeiten gibt es im strafrechtlichen Verfahren, wie ist der aktuelle Stand? Welche Schriftsätze wurden seitens der Stadt bislang eingebracht? Wurde der Kreis der Beschuldigten mittlerweile ausgeweitet?
- b. Wie ist der Kenntnisstand von VbGm Hörzing im Zusammenhang mit der RH-Prüfung? Schließlich ist die städtische Stellungnahme zum Rohbericht des Rechnungshofes ohne Einbindung des Stadtsenates bzw. Gemeinderates erfolgt.
- c. Die Abteilungsleitung war lange Zeit vakant und wurde mehrfach ausgeschrieben. Mittlerweile ist der frühere Abteilungsleiter, der einige Zeit nicht zur Verfügung stand, wieder zurückgekehrt. Ist nun endlich für eine kontinuierliche Abteilungsleitung gesorgt?

- d. Wie ist der Status Quo bezüglich der Neubestellung bzw. Verlängerung der GB-Leiterin, die der Abteilung Verwaltungsstrafen vorsteht? Vizebürgermeisterin Hörzing hat eine Kommission damit beauftragt, eine Empfehlung abzugeben.
- e. Wie sieht die aktuelle (finale?) Statistik der Verjährungen (nach der Auseinandersetzung der Stadt mit der Finanzpolizei) aus?

- **Schritt 3 der Aufklärer-Allianz:**

In einer der nächsten Kontrollausschusssitzungen soll der im Jänner vom Stadtsenat beauftragte externe Berater Dr. Herbert Prucher über das Ergebnis seiner Analyse berichten. Er ist beauftragt bis Ende Februar die betroffene Abteilung in der Causa unter die Lupe zu nehmen. Prucher soll feststellen, ob in der Abteilung nun optimal gearbeitet wird, inwieweit die Empfehlungen des Kontrollamts umgesetzt wurden, das IT-System funktioniert, etc.